

1 **DIE LINKE in der Opposition – DIE soziale Kraft in Berlin**

2 Die LINKE und damit auch die Abgeordnetenhausfraktion steht vor großen
3 Herausforderungen, auf die Faktoren einwirken, die seitens der Fraktion nur bedingt
4 beeinflussbar sind. Dennoch wird berechtigterweise erwartet, dass die Fraktion
5 Antworten auf diese Herausforderungen liefert.

6 Die gesamtgesellschaftliche Situation ist seit Jahren durch große Verunsicherungen
7 geprägt. Innerhalb kurzer Zeit haben wir es mit einer dramatisch veränderten
8 Weltlage zu tun:

- 9 • Die Klimakrise zeigt uns, dass der Ressourcenverbrauch und damit die
10 Wirtschaftsweise und der Lebensstil hier im globalen Norden insgesamt nicht
11 aufrecht zu erhalten ist. Die Klimakrise ist eine soziale Frage: Ihre Folgen
12 treffen - global und hier bei uns – die Armen und Ausgegrenzten am meisten,
13 während die Reichen die größten Ressourcenverbraucher*innen sind. Eine
14 Politik der Klimawende für Berlin ist auch deshalb unausweichlich. Linke
15 Politik muss hierfür konkret solidarische Lösungen anbieten.
- 16 • Die Covid-19-Pandemie, die das alltägliche Leben in einem Ausmaß verändert
17 hat, wie es für die meisten Menschen bis zu diesem Zeitpunkt nur schwer
18 vorstellbar war.
- 19 • Der Krieg Russlands gegen die Ukraine, der Europa wieder zum
20 Austragungsort kriegerischer Gewalt macht, die Rohstoffpreise, insbesondere
21 bei Energie, explodieren und der das weltweite (sicherheits)politische
22 Machtgefüge massiv unter Druck gesetzt hat.
- 23 • Die Inflation, die vor allem bei den Energie- und Lebensmittelpreisen
24 Preissteigerungsraten mit sich brachte, die für viele Menschen nur schwer zu
25 verkraften waren und die die Schere zwischen arm und reich noch weiter hat
26 auseinandergehen lassen.
- 27 • Der Rechtsruck, der nicht nur in Deutschland die Demokratie in Gefahr bringt,
28 sondern weltweit antiaufklärerisches, reaktionäres Denken und Handeln bis in
29 höchste staatliche Führungspositionen hinein wieder salonfähig macht.
- 30 • Die Fluchtbewegungen, die in den vergangenen zehn Jahren in genauso
31 dramatischer Weise zugenommen haben wie die sie auslösenden Krisen und
32 die für die vor Armut, Krieg oder den Auswirkungen des Klimawandels
33 Flüchtenden mit großem Leid verbunden sind.

34 Die hier skizzierten Krisen, die sich teilweise überlagern und miteinander verwoben
35 sind, haben das Bild einer unübersichtlichen Welt deutlich komplexer gemacht. Das
36 führt in der Bevölkerung einerseits zu einer steigenden Verunsicherung, andererseits
37 weckt es bei einem Teil der Bevölkerung auch den Wunsch nach einfachen und
38 schnellen Lösungen. Dieser Wunsch stellt demokratische Gesellschaften nicht selten

39 vor große Herausforderungen, denn einfache Lösungen gibt es gerade bei so
40 komplexen Krisen nicht. Hier ist dann Enttäuschung vorprogrammiert.

41 Die Gefahr besteht, dass diese Enttäuschung sich zu einer Bedrohung unserer
42 demokratischen Gesellschaft entwickelt. So ist im Osten Deutschlands nur noch ca.
43 ein Drittel der Bevölkerung mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland
44 zufrieden. Gleichzeitig zeigen aktuelle Umfragen zu den Landtagswahlen in den
45 ostdeutschen Bundesländern, dass die AfD im Osten flächendeckend Volkspartei
46 und in drei Bundesländern momentan stärkste Kraft ist. Ein Symptom dafür ist, dass
47 seit der Corona-Pandemie Verschwörungserzählungen ihren Weg, bis weit in die
48 Mitte der Gesellschaft hinein, gefunden haben.

49 Um dieser Bedrohung der Demokratie begegnen zu können, ist es grundsätzlich
50 notwendig, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, über Strukturen
51 aufzuklären, politische Prozesse transparenter zu machen und mehr
52 Beteiligungsmöglichkeiten an diesen Prozessen zu schaffen. Grundlage dafür ist, die
53 Schere zwischen arm und reich zu schließen. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
54 muss für alle gleichermaßen möglich sein.

55 Die angesprochenen Konfliktlagen bestehen auch in Berlin, hier sogar noch
56 verdichteter. In gewisser Weise ist Berlin eine gespaltene Stadt. Zwar verliert die
57 Spaltung in Ost und West, wie sie in unterschiedlichen Abstufungen seit Jahrzehnten
58 besteht, mittlerweile an Bedeutung, dennoch ist zu beobachten, dass eine Spaltung
59 in arm und reich, jung und alt, migrantisch und nicht migrantisch, gesund und nicht
60 gesund, Innenstadt und Außenbezirke die Stadt und ihre Gesellschaft prägen. Wer
61 will, dass Berlin auch zukünftig eine Stadt für alle Menschen ist bzw. wird, muss
62 diese Spaltungen überwinden, Teilhabe für alle gewährleisten, die Gleichstellung
63 aller Menschen sicherstellen und insbesondere die peripheren Regionen der Stadt in
64 diese Gesamtentwicklung mit einbeziehen.

65 Wir werden uns noch stärker als bisher gegen die Spaltung der Stadt engagieren und
66 daran arbeiten, diese zu überwinden. Wir werden das auch in dem Wissen tun, dass
67 die uns dafür zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nicht größer werden. Das hat
68 auch mit der Lage der Bundespartei zu tun.

69 Betrachtet man die jüngsten Wahlen zu den jeweiligen Landesparlamenten, so
70 können nur die Wahlen in den drei Stadtstaaten und in Thüringen als (eingeschränkt)
71 erfolgreich angesehen werden. Man kann sagen, dass DIE LINKE, dort wo sie regiert
72 und in einem urbanen Umfeld erfolgreich ist. In Thüringen erreichte DIE LINKE bei
73 der Landtagswahl 2019 mit 31% ihr bisher bestes Ergebnis überhaupt bei einer Wahl
74 zu einem Landesparlament. In Hamburg hat DIE LINKE zur Bürgerschaftswahl 2020
75 mit 9,1 % ihr bestes Ergebnis bei einer Bürgerschaftswahl in Hamburg erreicht. Die

76 diesjährige Bürgerschaftswahl in Bremen bescherte der LINKEN mit 10,9 % das
77 zweitbeste Ergebnis des Landesverbandes. Dieses Ergebnis lag nur 0,4% unter dem
78 besten Ergebnis aus dem Jahr 2019.

79 Angesichts der Situation in der Partei kann man das 12,2%-Ergebnis der BERLINER
80 LINKEN als gut bezeichnen. Dieses Ergebnis ist in der Reihe der Wahlergebnisse
81 der letzten Wahlen zu den Landesparlamenten das zweitbeste Ergebnis nach dem
82 Ergebnis der Landtagswahl in Thüringen 2019. Wie gut dieses Ergebnis war, wird
83 umso deutlicher, wenn man bedenkt, dass in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-
84 Anhalt und Brandenburg in dieser Runde die schlechtesten Ergebnisse seit 1990
85 eingefahren wurden. In Sachsen war nur das Ergebnis von 1990 um 0,2%
86 schlechter.

87 Folge der Abgeordnetenhauswahl für DIE LINKE war dennoch, dass sie nicht mehr
88 Regierungsfraktion ist. Das lag nicht an einer fehlenden Mehrheit für rot-grün-rot,
89 sondern am mangelnden politischen Willen der Berliner SPD-Führung die
90 progressive Koalition fortzusetzen. Das bringt einen erheblichen Verlust an
91 Gestaltungsmacht mit sich. Damit einhergehend wird sich auch die mediale
92 Aufmerksamkeit nicht mehr in dem Maße wie zu Zeiten als Regierungsfraktion auf
93 DIE LINKE richten. Das führt auch zu einer erschwerten Kommunikation unserer
94 politischen Initiativen und Projekte.

95 Im Hinblick auf den Ausgang der Abgeordnetenhauswahl müssen wir uns kritisch
96 fragen, an welchen Stellen wir hier Dinge hätten besser machen können. Dazu zählt
97 sicherlich, dass es der rgr-Koalition nicht gelungen ist, nach außen ein
98 geschlossenes Bild einer Koalition abzugeben, die von dem Willen getragen ist, eine
99 progressive Politik für alle Menschen in dieser Stadt zu machen. Wir wissen, weshalb
100 wir bestimmte parlamentarische Initiativen in Angriff nehmen. Für die Menschen in
101 Berlin liegt das nicht immer sofort auf der Hand. Zukünftig müssen wir die Gründe
102 und Notwendigkeiten für unser Handeln besser kommunizieren. Gleichzeitig gilt es
103 aber auch, unsere Erfolge, die ja zahlreich vorhanden sind, besser in die
104 Öffentlichkeit zu tragen. Wie das gelingen kann, sollte auch als Frage im
105 Neuaufstellungsprozess eine Rolle spielen. Insbesondere in den Ostbezirken sind wir
106 mit massiven Verlusten konfrontiert worden, dabei spielt die Abwanderung ins
107 Nichtwähler*innenlager eine zentrale Rolle. Um bei Wahlen dauerhaft weiterhin
108 deutlich über 10% der Stimmen zu bekommen, ist eine explizite Ansprache der hier
109 verloren gegangenen Wähler*innenschichten notwendig.

110 Unsere politische Rolle als parlamentarische Opposition erfordert eine
111 Neubestimmung unserer Arbeit und auch eine Debatte über die strategische
112 Ausrichtung. Sie muss im Ergebnis Ziele und Schwerpunkte aber auch die
113 notwendigen Änderungen in der Arbeitsweise bestimmen.

114 Dabei steht fest, dass DIE LINKE auch weiterhin DIE LINKE sein wird. Wir sind DIE
115 soziale Kraft in dieser Stadt und in diesem Land! Wir sind diejenigen, die nicht nur im
116 Wahlkampf darüber sprechen, die Spaltung dieser Stadt zu überwinden, sondern wir
117 sorgen in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis dafür, dass diese Spaltung
118 tatsächlich überwunden wird.

119 *Wir können Opposition*

120 Das hat die Berliner Linke über Jahre bewiesen. Wir werden die Regierung inhaltlich
121 stellen, wenn sie versagt. Pure Ankündigungspolitik werden wir ebenso wenig
122 hinnehmen, wie eine Politik, die sich nicht der Verantwortung für die Folgen Ihres
123 Tuns stellt.

124 Wir werden laut sein im Protest gegen unsoziale und reaktionäre Politik. Wir werden
125 an der Seite der Menschen in der Stadt und der Initiativen Öffentlichkeit schaffen und
126 die Frage „Wem gehört die Stadt?“ in der Debatte halten. Und wir werden Widerstand
127 leisten gegen einen gesellschaftlichen Rollback an der Seite der Betroffenen und
128 gemeinsam mit ihnen.

129 *Unser Ziel: 2026 – keine Regierung gegen uns*

130 Unser Ziel für die kommenden Jahre ist klar: Wir wollen 2026 wieder gestaltend mit
131 einer progressiven Mehrheit für diese Stadt Politik machen. Gegen uns darf 2026
132 keine Regierung gebildet werden können.

133 Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es einer progressiven gesellschaftlichen
134 Mehrheit in der Stadt. Diese gemeinsam mit Bündnispartner*innen zu schmieden,
135 muss eine Hauptaufgabe unserer Arbeit in der laufenden Legislaturperiode sein.
136 Dazu ist es notwendig, die Regierung immer wieder zu kritisieren und Widerstand
137 gegen eine rückwärtsgewandte Politik zu leisten. Darüber hinaus ist es aber
138 unabdingbar, Lösungsvorschläge für die wesentlichen gesellschaftlichen Probleme
139 zu entwickeln und dafür um Mehrheiten zu ringen. Gleichzeitig gilt es, unseren
140 Bündnispartner*innen die bestehenden Verunsicherungen bezüglich der Entwicklung
141 der LINKEN zu nehmen. Dies geht nur über Ansprechbarkeit, Offenheit und
142 Verlässlichkeit.

143 *Unser Weg*

144 Wir müssen die Herausforderungen und Probleme, vor denen die Stadt und die
145 Berliner*innen stehen, aufnehmen, daraus parlamentarische Initiativen entwickeln,
146 die auf Lösungen dieser Probleme abzielen.

147 Darüber hinaus bleibt es auch unsere Aufgabe, das Handeln der aktuellen Koalition
148 immer wieder zu kritisieren.

149 Insbesondere die CDU hat im Wahlkampf materielle Konflikte, etwa um
150 Verkehrsflächen, um Sicherheit oder Bildung, spalterisch instrumentalisiert.
151 Autofahren wurde zum Inbegriff bürgerlicher Freiheit, die Jugendgewalt der
152 Silvesternacht zum Scheitern der Integration stilisiert. Wir als LINKE hingegen wollen
153 materielle Konflikte nicht zur identitätspolitischen Grundsatzfrage hochjubeln. Wir
154 wollen nicht ideologisieren: Wir wollen aufklären und Probleme lösen. Wir wollen
155 verbinden statt spalten und Politik für die großen Mehrheiten der Stadt machen.

156 Die Fraktion DIE LINKE sollte sich notwendigerweise auf zentrale Projekte
157 konzentrieren, die über den gesamten Zeitraum der Legislaturperiode bearbeitet
158 werden und deren Ergebnisse konkret umsetzbare Konzepte sein müssen, die über
159 die reine Bekenntnisebene hinausgehen. Idealerweise werden die dort behandelten
160 Themen auch immer mit den Fragen von sozialer Teilhabe und sozialer Gerechtigkeit
161 verbunden und so unmittelbar auch mit der LINKEN in Zusammenhang gebracht.

162 Um jedes dieser Projekte zu einem Erfolg zu bringen, ist eine abgestimmte
163 strategische Kommunikation, die die einzelnen angesprochenen Zielgruppen im Blick
164 hat und so auch in den Kommunikationsformen und -medien möglichst breit
165 aufgestellt ist, von großer Bedeutung.

166 Die jeweiligen Projekte werden über den gesamten Zeitraum durch eine auf das
167 jeweilige Projekt abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit begleitet. Hierbei muss sowohl die
168 Kommunikation nach innen als auch nach außen in die gesamte Stadtgesellschaft
169 bedacht werden. Für jedes Projekt muss eine entsprechende Geschichte entwickelt
170 werden, die über die gesamte Legislatur trägt. Die Einbeziehung
171 zivilgesellschaftlicher Akteure ist dafür unabdingbar. Parlamentarische Initiativen zu
172 den jeweiligen Projekten müssen durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit begleitet
173 werden, die sich in die entwickelte Geschichte einfügen.

174 Für jedes Projekt wird es im Fraktionsvorstand eine/n Ansprechpartner*in geben.

175 Ziel der erfolgreichen Bearbeitung der zentralen Projekte ist ein realistisches
176 Lösungskonzept, das uns für die Abgeordnetenhauswahlen 2026 zur Verfügung
177 steht.

178 Wir wollen dabei keine thematische Einengung. Wir wollen eine möglichst breite
179 thematische Aufstellung, die jedoch weitgehend in vier zentrale Felder einordbar ist.

180 Wir werden hierzu mit den jeweiligen Akteur*innen in der Stadt intensiv
181 zusammenarbeiten, sei es mit den einzelnen NGOs, den Bürger*inneninitiativen vor
182 Ort oder Kommunalpolitiker*innen. Wir müssen hier bei Diskussionsveranstaltungen
183 vor Ort genauso präsent sein oder diese initiieren wie dies bei stadtweiten der Fall
184 ist.

185 Ein wichtiger Schlüssel für die Kommunikation von und mit Politik liegt angesichts der
186 Vielfalt unserer Stadt und der Diversifizierung der Mediennutzung im persönlichen
187 Kontakt in den Kiezen. Wir werden vor Ort verstärkt präsent sein – nicht nur mit
188 Büros, sondern auch Veranstaltungen und politischen Formaten. Als gesamte
189 Fraktion, aber auch als einzelne Abgeordnete gehen wir in die Kieze, nehmen
190 Probleme auf, hören zu. Wir wollen Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik
191 zurückgewinnen und politische Prozesse verbreitern und demokratisieren. Kiezforen
192 mit den MdA, Gespräche an Wohnungstüren, aber auch Fraktionssitzungen und
193 Diskussionen vor Ort sind einzelne Formate dafür. Weitere werden entwickelt.

194 Neben der zivilgesellschaftlichen Debatte, in die wir uns einbringen müssen, wird es
195 auch von zentraler Bedeutung sein, die Projekte mit den zentralen Feldern zu
196 verknüpfen und entsprechenden weiteren parlamentarischen Initiativen zu begleiten.
197 Diese Aufgabe kann nur von der Fraktion und nicht von Bündnispartner*innen
198 geleistet werden, sie ist hier in der Pflicht durch Erarbeitung und Kommunikation
199 solcher Initiativen die zentralen Feldern zu einem Ganzen zu formen.

200 Wir werden nicht in der Lage sein, von uns aus Themen zu setzen, die eine
201 entsprechende Relevanz entfalten. Die Herausforderung, die es zu meistern gilt, wird
202 somit sein, über unsere bisherigen Themen hinaus neue Themen zu identifizieren,
203 die in den nächsten Jahren relevant sein werden und die die Berliner*innen in ihrer
204 konkreten Lebensrealität betreffen.

205 *Unsere Projekte in den zentralen Felder*

206 Zentrale Projekte werden wir in folgenden zentralen Feldern entwickeln:

207 1. Berlin – eine Stadt der guten öffentlichen Daseinsvorsorge

208 Ein Schwerpunkt in diesem Feld bleibt das Thema Wohnen. Das betrifft sowohl das
209 Problem der weiterhin steigenden Mieten, aber auch die Tatsache, dass einfach viel
210 zu wenig Wohnungen zur Verfügung stehen. Insbesondere verfügbare Wohnungen
211 für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen sind in unserer Stadt
212 Mangelware. Hier muss nach Lösungen gesucht werden, wie die Zahl dieser
213 Wohnungen in Berlin schnell und effektiv erhöht werden kann. Gleichzeitig ist in
214 Berlin seit 2020 ein zunehmender Leerstand an Büroflächen zu verzeichnen, die
215 leerstehende Bürofläche in Berlin ist bis 2022 um mehr als 150% gestiegen. Hier
216 müssen wir Überlegungen anstellen, welche Voraussetzungen notwendig sind, um
217 eine Umwandlung dieser Büroflächen in Wohnungen möglich zu machen. Die
218 Umsetzung der Vergesellschaftung von Beständen großer Immobilienkonzerne
219 ebenso wie die Rekommunalisierung von Bauland verfolgen wir mit Nachdruck
220 weiter.

221 Ein neues Projekt wird der Ansatz eines kommunalen Wohnungsbauprogramms
222 sein. Unser Modell sieht vor, dass die sechs landeseigenen Wohnungsunternehmen
223 einen Eigenkapitalzuschuss von 1 Mrd. Euro jährlich erhalten und damit jedes Jahr
224 7.500 dauerhaft gebundene Wohnungen für breite Bevölkerungsschichten (bis WBS
225 240) errichten, die zu einer durchschnittlichen Anfangsmiete von 7-7,50 Euro/m²
226 vermietet werden. Für mehr Effizienz, eine größere Unabhängigkeit vom
227 Marktgeschehen und um der kriselnden Bauwirtschaft eine Perspektive zu bieten,
228 sollen zudem eine landeseigene Projektentwicklungsgesellschaft sowie ein
229 öffentlicher Bauträger aufgebaut werden und die sechs Unternehmen dafür künftig
230 eng miteinander kooperieren.

231 Zur Daseinsvorsorge gehört eine gute medizinische Versorgung in der Fläche.
232 Deshalb wird die Versorgungslage sowohl mit Haus- als auch mit Fachärzt*innen, die
233 in den vergangenen Jahren immer prekärer geworden ist, Thema für ein Projekt sein.
234 Insbesondere in den Außenbezirken führt dieser Mangel zu erheblichen Belastungen
235 für die Bevölkerung. Eine gute Gesundheitsversorgung der Berliner*innen müsste
236 eine Selbstverständlichkeit sein, ist es aber leider nicht. Um dieses Problem zu
237 beheben, wird DIE LINKE ein Konzept für den Aufbau kommunaler bzw. frei
238 gemeinnützig betriebener Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) entwickeln.

239 2. Berlin – eine solidarische Stadt

240 Zu viele Menschen sind in Berlin in einer Situation, die Ihnen die Teilhabe am
241 gesellschaftlichen Leben nicht oder nur in einem geringen Umfang ermöglicht. Das
242 trifft Geflüchtete genauso wie Menschen mit kleinen oder mittleren Einkommen,
243 Auszubildende genauso wie Obdachlose, Familien genauso wie Menschen mit
244 Behinderungen. Kurz gesagt, für viele Berliner*innen ist Berlin im Moment keine
245 solidarische Stadt. Das muss geändert werden. DIE LINKE hat in diesem Bereich in
246 den vergangenen Jahren gezeigt, in welche Richtung es gehen muss, damit Berlin
247 ein solidarisches Zuhause für alle wird.

248 Bestehende Konzepte, wie beispielsweise Housing First, gilt es weiterzuentwickeln
249 und neue Konzepte, z.B. für den Umnutzung von Shoppingcentern zu
250 Stadtteilzentren müssen ausgearbeitet und bisherige Ansätze wie zum Beispiel die
251 Reformierung des LADG und die Ausbildungsplatzumlage weiterverfolgt werden.

252 3. Berlin - eine klimaresiliente Stadt

253 Die Frage, wie Berlin zu einer klimaresilienten Stadt umgewandelt werden kann, stellt
254 sich immer stärker. Die vergangenen Sommer mit ausgedehnten Hitzeperioden und
255 knapper werdenden Wasserressourcen werden nicht die Ausnahme, sondern
256 zukünftig die Regel sein.

257 Wir werden als Projekt ein Konzept für eine klimaresiliente Stadt entwickeln, das
258 sowohl ein Hitzeschutzkonzept als auch ein Schwammstadtkonzept beinhaltet.
259 Bestandteil dieses Konzeptes wird auch ein konkreter Vorschlag zur energetischen
260 Gebäudesanierung sein.

261 Ein weiteres Projekt wird sich der Frage widmen, wie wir die Wärmewende sozial
262 gestalten können und welche Voraussetzungen dazu notwendig sind.

263 4. Berlin – eine Stadt der Demokratie und der Freiheit

264 Unser demokratisches Gemeinwesen gerät seit einigen Jahren immer stärker unter
265 Druck. Laut einer aktuellen Studie der Körber-Stiftung haben mehr als die Hälfte der
266 Bundesbürger weniger großes oder geringes Vertrauen in die Demokratie. Diese
267 Entwicklung manifestiert sich auch in den Wahlergebnissen demokratiefeindlicher
268 Parteien. Auch vor Berlin macht diese Entwicklung nicht halt. Aus diesem Grund ist
269 es unabdingbar, dass wir uns in unserer Arbeit diesem Problem stellen und Initiativen
270 auf den Weg bringen, die zu einer Stärkung der Demokratie und der Freiheit
271 beitragen. Dazu zählt die Einführung des Wahlrechts für Alle und die Absenkung des
272 Wahlalters auf 16 Jahre.

273 Wir werden in diesem Bereich nicht nur dringend notwendige Abwehrkämpfe führen,
274 sondern zum Beispiel ein Konzept für eine City-ID erarbeiten und umsetzungsreif
275 vorlegen.

276 *Unser Politikstil: Gemeinsam mit der Stadtgesellschaft – konkret, planvoll, umsetzbar*

277 Wir werden als Oppositionsfraktion nur erfolgreich sein, wenn wir unsere Politik
278 gemeinsam mit den Berliner*innen machen. Die Menschen in unserer Stadt sehen
279 die Krisen, sehen den Veränderungsbedarf. Wir müssen gemeinsam mit der
280 progressiven Stadtgesellschaft solidarische und nachhaltige Antworten finden. Das
281 betrifft die Frage, welche Probleme gelöst werden müssen, die Entwicklung einer
282 Lösung und die Umsetzung. All das muss in einem stetigen Austausch mit der
283 Zivilgesellschaft entwickelt werden. Wir werden uns dabei Themen widmen müssen,
284 die bisher nicht zu unseren Kernkompetenzen gehören. Wir werden dabei vor
285 Probleme gestellt werden, auf die unsere Wählerinnen und Wähler unterschiedliche
286 oder gegensätzliche Sichtweisen haben. Aber auch das wird unsere Aufgabe in den
287 kommenden 3 Jahren sein, dass wir uns genau solcher Themen annehmen und
288 auch dahin gehen, wo es weh tut.

289 Wir werden unser Ziel nur erreichen, wenn wir die Menschen davon überzeugen
290 können, dass wir Ideen und Vorschläge haben, die ihre wichtigen Probleme
291 tatsächlich lösen, wenn uns zugetraut wird, dass die Lösungen durchdacht sind und
292 unsere Vorschläge für realisierbar gehalten werden. Eine erfolgreiche Problemlösung
293 wird es deshalb nur geben, wenn man weiß, was man tut, planvoll an die Lösung
294 herangeht und die Folgen bedenkt. In der gesellschaftlichen Debatte können diese
295 Vorschläge Unterstützung und politische Relevanz erhalten. Es geht nicht um

296 schneller, höher, weiter. Nicht um die krasseste Idee. Sondern darum, die
297 drängendsten Probleme der Menschen in der Stadt tatsächlich lösen zu können.

298 *Unsere Arbeitsweise: Konzentriert auf das Wesentliche*

299 Mit der inhaltlich-strategischen Neuaufstellung legt sich die Fraktion auf vier zentrale
300 Felder fest, in denen konkret umsetzbare Projekte entwickelt werden sollen und um
301 die sich die weiteren Aktivitäten sammeln.

302 Über die konkret umsetzbaren Projekte hinaus sollen die vier zentralen Felder der
303 Schwerpunkt der Arbeit sowohl im Parlament als auch in Bezug auf Veranstaltungen
304 und Öffentlichkeitsarbeit sein.

305 Dies hat zur Folge, dass sowohl bei der Aufsetzungs- und Antragsstrategie, als auch
306 bei der Veranstaltungs- und Öffentlichkeitsarbeitsplanung eine Konzentration auf
307 diese vier zentralen Felder stattfinden soll. Die Felder sind so gewählt, dass alle in
308 der Fraktion zu bearbeitenden Themen einem zentralen Feld zugeordnet werden
309 können.

310 Konkret bedeutet eine Konzentration:

311 1. Anträge mit Bezug zu den konkret umsetzbaren Projekten haben bei Prioritäten
312 und Rederunden im Plenum, bei der Öffentlichkeitsarbeits- und
313 Veranstaltungsplanung Vorrang vor anderen Initiativen.

314 2. Anträge der Fraktion sollten einem der vier zentralen Felder zugeordnet werden.
315 Dies ermöglicht die Anträge mit den zentralen Feldern zu verbinden und so diese mit
316 zu kommunizieren. Die einem zentralen Feld zuordbaren Anträge und Initiativen
317 werden bei Rederunden, Prioritäten, Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen
318 gegenüber Initiativen priorisiert, die keine Zuordnung finden.

319 3. Weniger ist mehr. Um die zentralen Felder zu verdeutlichen, wäre es
320 wünschenswert, Anträge zu fokussieren. Es braucht für jede Plenarsitzung maximal
321 drei Anträge. Wenn die Fraktion mehr Anträge beschließt, geht deren Anliegen
322 möglicherweise unter. Viele Anliegen lassen sich durch Anfragen, Veranstaltungen,
323 Presseerklärungen, Aufsetzung von Besprechungspunkten im Ausschuss und
324 andere Instrumente besser kommunizieren als durch Anträge.

325 4. Insbesondere bei den zentralen Feldern ist eine kontinuierliche Zusammenarbeit
326 mit zivilgesellschaftlichen Organisationen unabdingbar. Bei Anträgen zu den
327 zentralen Feldern soll vor der Einbringung mit den zivilgesellschaftlichen
328 Akteur*innen gesprochen worden sein und sollten im besten Fall bereits
329 Öffentlichkeitsarbeit oder Veranstaltungen stattgefunden haben.

330 Die Herausforderungen, die vor uns liegen, sind nicht klein und es wird nicht einfach
331 werden, sie zu meistern, aber es wird niemanden geben, der uns diese Aufgabe
332 abnimmt, also warten wir nicht lange und fangen jetzt damit an.